

# Nützliche Nachrichten 6-7/2008

## Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 10. Juli 2008

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

---

### Der Kommentar

#### **Die Geiseln sofort freilassen und das Verbot des kurdischen Senders ROJ-TV aufheben!**

von Andreas Buro

Anfang des 19. Jahrhunderts eroberte die Französische Armee unter Napoleon große Teile der heutigen deutschen Gebiete. Man stelle sich vor, Napoleon hätte dort die Ausübung der deutschen Sprache verboten, die Kinder dürften in der Schule nicht mehr in Deutsch unterrichtet werden, die Namen von Straßen und Städten würden französisiert, die Vornamen der Kinder müßten französischen Ursprungs sein usw. Die Deutschen gäbe es eigentlich nicht, es handele sich um zurück gebliebene Berg-Franzosen. Die Deutschen wären so einer Zwangsassimilierung unterworfen worden. Zu Recht wäre die Empörung der Deutschen groß gewesen. Napoleon war zu klug, nicht so weit zu gehen. Trotzdem sangen die Deutschen noch mindestens ein Jahrhundert lang, das Lied vom Lützow'schen Freikorps, dass in Partisanenmanier die französischen Truppen angriff – „das war Lützows wilde, verwegene Jagd“.

Zwangsassimilierung gehört zu den tragischen Beigaben der Bildung von Nationalstaaten in vielen Teilen der Welt. Menschen- und Minderheitenrechte sollten und sollen dem entgegen wirken, werden jedoch in der Wirklichkeit leider zu oft mißachtet. So auch in der Türkei mit ihrem extremen, türkisch eingefärbten Nationalismus. Vor diesem historischen Hintergrund bezeichnen die einen die kurdische Guerilla als Freiheitskämpfer und die anderen als Terroristen. Die Eskalation des Konflikts ist vorprogrammiert.

Die deutsche Regierung steht dabei auf der Seite des türkischen Nationalismus und seiner Politik der Zwangsassimilierung, statt sich intensiv um eine friedliche Lösung des Konflikts zu

bemühen. Leider hat auch die EU bislang das Kurden-Thema in ihren Beitrittsverhandlungen mit der Türkei weitgehend ausgeklammert, obwohl ein türkischer Beitritt gänzlich ausgeschlossen sein muß, wenn nicht die „Kurdenfrage“ zuvor friedlich gelöst ist.

In dieser Ausgabe der Nützlichen Nachrichten haben wir wieder viele Meldungen zusammengestellt, die das Ausmaß der Zwangsassimilierung nur allzu deutlich zeigen, die Premier Erdogan jüngst in Deutschland so vehement verurteilt hat, während er über die Kurdenfrage schwieg. Wir bringen aber auch Nachrichten wie das Verbot des Senders Roj-TV und die Schließung seiner Studios, die Durchsuchungen von Büros kurdischer Vereine und von Wohnungen ihrer Mitarbeiter, von Verhaftungen und Verurteilung kurdischer Politiker, die aufgrund des Terrorismus-Verdikts gegen die PKK verfolgt werden, obwohl ihnen keine Gewalttaten in Deutschland vorgeworfen werden.

Die Kommandantur des Gebietes Serhad der Volksverteidigungskräfte (HPG) hat eine Erklärung abgegeben, in der die Festnahme von drei deutschen Bergsteigern bestätigt wird: „Am 9. Juli sind drei deutsche Staatsbürger am Berg Ararat von unseren Kräften festgenommen worden. Ihr Gesundheitszustand ist gut. Um ihre Sicherheit gewährleisten zu können, müssen allerdings die Militäroperationen des türkischen Staates in der Gegend eingestellt werden. Wir hegen keine Feindschaft gegen das deutsche Volk und die festgenommenen deutschen Staatsbürger sind keinerlei Mißhandlung ausgesetzt. Solange der deutsche Staat keine Erklärung abgibt, dass er von seiner feindlichen Politik gegenüber dem kurdischen Volk und der PKK absieht, werden die deutschen Staatsbürger nicht freigelassen.“

Geiselnahme ist, wie immer sie auch ausgeht, grundsätzlich abzulehnen. Frieden wird dadurch nicht geschaffen. Vielmehr ist Vertrauensbildung erforderlich. Geiselnahme ist kontraproduktiv, selbst wenn es sich bei ihr nur um eine PR-Aktion handeln sollte.

Die PKK hat sich mit dieser Aktion auf ein gefährliches Spiel eingelassen. Voraussichtlich wird die Bundesregierung die geforderte Erklärung nicht abgeben. Nach allen Erfahrungen macht ein Staat dies nicht unter Druck. Was aber passiert dann? Zu befürchten sind militärische Befreiungsversuche bei denen die Geiseln sogar getötet werden können. Dann würde der PKK in der öffentlichen Meinung die Schuld zugeschoben und die Möglichkeit für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage erneut verbaut werden. Man kann der PKK nur raten, die Geiseln sofort freizulassen. Das Signal an die deutsche Politik ist bereits jetzt angekommen, es bleibt zu hoffen, dass Berlin es auch wahrnimmt: Die Aufhebung des Verbots des kurdischen ROJ-TV und Einstellung der Repressionen gegen die kurdischen Einrichtungen gehören dazu.

Die Kurdenfrage kann gelöst werden: Wenn Ankara eine Amnestie für alle kurdischen und türkischen Kämpfer in dieser Auseinandersetzung erlässt; wenn die PKK entsprechend ihrer eigenen Forderung nach einer friedlichen politischen Lösung endgültig und unter internationaler Kontrolle auf den bewaffneten Kampf verzichtet, und wenn die EU und Deutschland das Terrorismus-Verdikt gegen die PKK aufhebt und sich energisch für eine politische Lösung einsetzt, die alle Elemente der Zwangsassimilierung überwindet.

## Ereignis-Kalender

### Karl Mays terroristische Literatur und die EU-Kandidatin Türkei vor der Frankfurter Buchmesse

Seit dem die Türkei als EU-Kandidatenland (1999) gekürt wurde sind inzwischen neun Jahre vergangen. Im Dezember 2004 bescheinigte die Brüsseler EU-Kommission der Türkei, dass sie die Kopenhagener Kriterien, insbesondere eine intakte und funktionierende Demokratie, Achtung und Gewährung der Minderheiten- und Menschenrechte erfüllt habe und führt seit Oktober 2005 offiziell Verhandlungsgespräche mit der Türkei.

Die Erfüllung dieser Kopenhagener Kriterien sieht in der Tat bezogen allein auf die kulturellen Freiheiten aber folgendermaßen aus:

#### Karl Mays terroristische Literatur

Karl May, Reiseschriftsteller zählte über Jahrzehnte hin zu den meistgelesenen Schriftstellern Deutschlands. Seine Bücher wurden in etwa 40 Sprachen übersetzt und erreichten eine Gesamtauflage von mehr als 200 Millionen. In der Türkei aber stehen die Bücher von Karl May von sofort an auf dem Index. Und es wurde eine komplette Lieferung von Karl-May-Büchern beschlagnahmt.

Der Grund: Karl May hatte ein Buch „Durchs wilde Kurdistan“ genannt – und das Wort Kurdistan ist in der Türkei offiziell verboten. Aus türkischer Sichtweise gibt es Kurdistan gar nicht. Und wer das Wort »Kurdistan« dennoch gebraucht, der ist ein »Terrorist«. So steht also nun einer der größten deutschen Reiseschriftsteller in der Türkei auf dem Index. (Freie Presse 9.6.08; mesop, 9.6.08; Freie Presse Glauchau, 10.6.08)

#### Haftstrafe für kurdischen Chefredakteur

Vedat Kursun, Chefredakteur der einzigen kurdischsprachigen Tageszeitung in der Türkei, ist in Diyarbakir zu einer Haftstrafe von drei Jahren und drei Monaten verurteilt worden. Kursun wurde zur Last gelegt, in der Tageszeitung "Azadiya Welat" Werbung für eine terroristische Organisation betrieben zu haben,

weil er u.a. den Begriff "Kurdistan" verwendet habe. (ANF, 10.6.08, ISKU)

#### Telefonat auf Kurdisch unter Strafe

Am 23. Mai riefen Mahmut Özkılıç und Ziya Athan in Konya bei ihren Familien in Diyarbakir an und unterhielten sich per Handy in kurdischer Sprache. Ein türkischer Polizist schaltete sich ein und kontrollierte die Personalien. Daraufhin wurden die beiden kurdischen Männer in das Polizeiauto gezerrt und beschimpft.

Laut Informationen des Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins in Diyarbakir (IHD), Muharrem Erbey, wurden die beiden Kurden aufgrund eines Telefongesprächs in kurdischer Sprache zu einer Geldstrafe von 62 YTL verurteilt. (ANF und Aktuel Bakis, 6.6.08)

#### Rückweisung eines Siebenjährigen aufgrund seines Namens

Ein sieben jähriges deutsches Kind namens Walter darf ohne weiteres in die Türkei einreisen. Ein in Deutschland geborenes gleichaltriges kurdisches Kind namens Welat (Heimat) darf nicht in die Türkei einreisen und wird aus dem Istanbuler Flughafen allein nach Düsseldorf zurückgeschickt, weil es einen kurdischen Namen trägt. (YÖP, 18.6.08)

#### Verleger Zarakolu zu fünf Monaten Haft verurteilt

Der engagierte Menschenrechtler und Verleger Ragip Zarakolu wurde am 17. Juni 2008 wegen der Veröffentlichung der türkischen Ausgabe des Buches „The Truth will set us Free“ (2004) des armenisch-britischen Autors George Jerjian nach § 301 „Herabwürdigung des Türkentums“ zu fünf Monaten Haft verurteilt. Zwar wurde das Verfahren mit Rücksicht auf die Novellierung des umstrittenen Strafrechtsartikels 301 ausgesetzt, doch die Entscheidung belegt die schlimmsten Befürchtungen von Bürger- und Menschenrechtlern im In- und Ausland, die die Novellierung des Paragraphen als reine Kosmetik betrachten.

Nach Angaben des türkischen Justizministeriums sind allein im Jahr 2006 über 1.700 Personen nach § 301 gerichtlich verurteilt worden. (<http://www.aga-online.org/de/aktionen/detail.php?newsId=272>, 20.6.08)

Dies sind einige Beispiele der letzten zwei Wochen und widerspiegeln den Umgang der Türkei mit anderen Ethnien und Minderheiten.

Der türkische Staat, die türkische Nation, die türkische Sprache, die türkische Fahne und der türkisierte Islam bilden seit über 85 Jahren die Stütze der Türkischen Republik, die heute als "türkisch-islamische Synthese" bezeichnet wird. Was nicht in dieses Schema passt, ist zu Assimilierung und Verfolgung verurteilt.

Während z.B. in Istanbul, Ankara oder Izmir die Kinder der Eliten in die englischen, deutschen oder französischen Schulen gehen können und in diesen Sprachen unterrichtet werden, dürfen Kinder der 20 Millionen Kurden ihre eigene Muttersprache auch im Jahre 2008 nicht lernen.

In einem Land, in dem z.B. ein TV-Sender Namens „Show-TV“ seit über 10 Jahren sendet, in dem an fast jeder Toiletten Tür „WC“-Schild hängt, an den bunten Vitrinen „Boutique XY“ und an Schaufenstern „Café Broadway“ steht; in dem auf jeder türkischen Schreibmaschine und PC-Tastatur die Buchstaben „W, Q, X“ vorhanden sind und die Herrschaften mit „www“ ins Internet gehen und surfen, werden die Anwendung dieser Buchstaben den Kurden vorenthalten und kurdische Namen mit „W, Q, und X“ verboten und nicht eingetragen.

Kurdische Bürgermeister werden suspendiert und schikaniert, weil sie z.B. in den Neujahrskarten Kurdisch anwenden und den Buchstaben „W“ benutzen. Die Benutzung des Buchstabens „W“ im englischen Text ist erlaubt, aber im Kurdischen verboten.

Der weltbekannte kurdischstämmige Romancier Yasar Kemal sagte bezüglich der Kurdenfrage: „Vor vielen Jahren habe ich gesagt, dass Demokratie von der kurdischen Frage abhängt. Verbiete die Sprache von Millionen von Mitbürgern, verbiete Schulen, in denen die eigene Sprache gesprochen und geschrieben wird, verbiete auch Universitäten, die die eigene Sprache erforschen... Es ist fast nichts übrig, was den Kurden nicht verboten worden ist. Entweder eine wahre Demokratie oder nichts...“ (Yasar Kemal, Ankara, 13. Januar 2007)

Es darf nicht sein, dass in dem EU-Kandidatenland Türkei, die Sprache von 20 Millionen Menschen immer noch verboten ist, dass die Anwendung der Muttersprache geahndet wird, dass Menschen aufgrund ihrer Sprache in Gefängnisse gesteckt, Kinder aufgrund eines Liedes angeklagt und Bücher von einem weltbekannten Schriftsteller, wie Karl May, beschlagnahmt werden.

Die deutsche und europäische Öffentlichkeit ist eingeladen, gegen die Machenschaften des türkischen Staates einen kleinen Beitrag zu leisten und gemeinsam mit Yasar Kemal und uns zu fordern: „Entweder eine wahre Demokratie oder nichts!“

Die Freiheit des Wortes muss auch für Kurdisch gelten!  
(Kurdisches PEN-Zentrum, 23.6.08)

### **Türkei erlaubt kurdischsprachige Sendungen**

Die Türkei hat nach Kritik der Europäischen Union die Beschränkungen für kurdischsprachige TV- und Radiosendungen gelockert.

Das Parlament verabschiedete am 29. Mai 2008 ein Gesetz, das dem staatlichen Sender TRT die Ausstrahlung von Programmen in anderen Sprachen als Türkisch erlaubt. Seit 2004 strahlt TRT wöchentlich ein halbstündiges Programm auf Kurdisch aus.

Viele türkische Politiker und das Militär befürchten, dass Sendungen in Minderheitensprachen die Einigkeit des Landes gefährden können. Die EU hatte im Zusammenhang mit den Beitrittsgesprächen die Einschränkungen kritisiert.

Mit dieser Maßnahme will die islamische AKP-Regierung den Empfang von kurdischen Sender ROJ-TV, der fast von allen kurdischen Haushalten verfolgt wird, verhindern und türkische Propaganda in kurdischer Sprache betreiben.

(Reuters, 2.6.08)

### **Türkei und Iran koordinieren Angriffe gegen PKK**

Die türkische Armee geht nach eigenen Angaben zusammen mit dem Iran gegen die PKK in Irakisch-Kurdistan vor. Es gebe einen Informationsaustausch und es werde auch koordinierte Angriffe auf die PKK geben, sagte Heereschef General Ilker Basbug.

Zum Ausmaß der Zusammenarbeit mit dem Nachbarland hat sich die türkische Armee bislang nicht geäußert.

Die türkische Luftwaffe fliegt regelmässig Angriffe gegen Stellungen der PKK in Irakisch-Kurdistan. Iranische Truppen beschließen fast täglich kurdische Dörfer in Irakisch-Kurdistan mit Artillerie.

(reuters/dpa/baz. 6.6.08)

### **Türkische Luftangriffe vor EGMR**

Das in London ansässige Kurdische Menschenrechtsprojekt (KHRP) ist mit einer Schadensersatzforderung für die Betroffenen der Luftangriffe der türkischen Armee auf Irakisch-Kurdistan vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gezogen. Der Antrag bezieht sich auf die Angriffe in den Monaten Oktober und Dezember vergangenen Jahres und wurde im Namen von betroffenen Dorfbewohnern eingereicht. Bei den Angriffen war es neben einem immensen Sachschaden auch zu Toten gekommen.

(ANF, 9.6.08, ISKU)

### **Kriegsdienstverweigerer Bal in Haft**

Der Kriegsdienstverweigerer Mehmet Bal wurde am 8. Juni 2008 wegen Verweigerung des Wehrdienstes in Istanbul festgenommen. Man hielt ihn zunächst im Stadtteil Besiktas in Militärgewahrsam, bevor man ihn am 9. Juni 2008 in das Hasdal-Militärgefängnis von Istanbul verlegte, wo er gegenwärtig festgehalten wird. Seinen Angaben zufolge wurde Mehmet Bal an beiden Haftorten misshandelt.

Ein 15-monatiger Militärdienst ist in der Türkei für alle Männer von 19 bis 40 Jahren zwingend vorgeschrieben. Die Möglichkeit auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist in der Türkei rechtlich nicht anerkannt, und es gibt keinen alternativen Zivildienst für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Mehmet Bal entschied während des Militärdienstes im Oktober 2002, aus Gewissensgründen die Fortsetzung des Militärdienstes zu verweigern. Nach neun Monaten Dienst erklärte er öffentlich: „Ich verweigere jede Handlung, die mit meinem Gewissen nicht vereinbar ist und werde dies weiterhin tun, auch wenn ich von Personen oder Institutionen – seien sie ziviler, militärischer, lokaler oder allgemeiner Art – dazu gezwungen werde“.

Nach dieser öffentlichen Erklärung verließ Mehmet Bal seinen Posten und wurde zunächst im Oktober 2002 festgenommen und dann erneut im Januar 2003. Noch im selben Monat entließ man ihn jedoch aus gesundheitlichen Gründen aus der Haft. Nach seiner Behandlung sollte er sich bei seiner Militäreinheit in Adana melden. Mehmet Bal bezog sich jedoch auf seinen Status als Kriegsdienstverweigerer und weigerte sich, zu seiner Einheit zurückzukehren. Er wohnte dann bis zu seiner Festnahme am 8. Juni 2008 in Istanbul. Amnesty International wird Mehmet Bal als gewaltlosen politischen Gefangenen betrachten, wenn er wegen seiner Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen schuldig befunden und inhaftiert wird.

Gemäß internationalen Menschenrechtsstandards ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkannt. In einer Empfehlung des Ministerkomitees an den Europarat heißt es: „Jeder Wehrpflichtige, der aus zwingenden Gewissensgründen den Gebrauch von Waffen ablehnt, soll das Recht haben, unter den im Folgenden aufgeführten Bedingungen von der Verpflichtung, einen solchen Dienst leisten zu müssen, freigestellt zu werden. Solche Personen können verpflichtet werden, einen Ersatzdienst zu leisten.“ (Empfehlung R (87) 8 des Ministerkomitees an die Mitgliedsstaaten betreffend die Verweigerung der Militärdienstpflicht vom 9. April 1987). In den vergangenen Jahren gab es in der Türkei eine kleine Zahl von Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen, die öffentlich ihre Ablehnung des Militärdienstes kundgetan haben. Sie müssen für gewöhnlich mit Strafverfolgungsmaßnahmen

rechnen, und ihnen drohen bis zu drei Jahren Gefängnis. Nach Verbüßen ihrer Haftstrafe erhalten sie oft neue Einberufungsbefehle, und die Prozedur wiederholt sich erneut.

Apelle an: Innenminister Besir Atalay, İciseri Bakanlığı, 06644 Ankara, TÜRKİE, [besir.atalay@icisleri.gov.tr](mailto:besir.atalay@icisleri.gov.tr), Fax: (00 90) 312 418 7696; Verteidigungsminister Vecdi Gönül, Milli Savunma Bakanlığı, 06100 Ankara, TÜRKİE, Fax: (00 90) 312 418 4737, [info@msb.gov.tr](mailto:info@msb.gov.tr)

(ai, 11.6.08, UA-NR: UA-163/2008, AI-INDEX: EUR 44/009/2008; [www.Connection-eV.de/Tuerkei/bal.html](http://www.Connection-eV.de/Tuerkei/bal.html))

## Kommunikationsdaten an Geheimdienste übermittelt

Das traditionelle kemalistische Establishment und die islamisch-konservative Regierung kämpfen in der Türkei mit harten Bandagen um die Macht. Mitunter werden auch politische Gegner mit geheimdienstlichen Methoden bespitzelt: Im Mai 2008 wurde publik, daß der kemalistische Verfassungsrichter Osman Paksüt über Monate abgehört wurde.

Die anhaltende Debatte über diesen Skandal hat ein Detail ans Tageslicht gebracht, das türkische Datenschützer aufschrecken ließ. Wie die oberste Polizeibehörde einräumen mußte, werden bereits seit April vergangenen Jahres sämtliche Telekommunikationsdaten durch die türkische Telekom und die Mobilfunkbetreiber an die drei Inlandsgeheimdienste des Landes am Bosphorus übermittelt. Egal ob Telefonat, Fax oder Internetverbindung - von der Öffentlichkeit unbemerkt konnten die Abwehr von Polizei und Gendarmerie sowie der Nachrichtendienst MIT umfangreichen Datenbanken mit sogenannten Vorratsdaten erstellen. Sie ermöglichen es, ein detailliertes Bild der Kommunikationsgewohnheiten eines jeden Bürgers zu erstellen. Was die Geheimdienste mit den gesammelten Daten konkret anstellen, wird von keiner unabhängigen Behörde überwacht.

Während Datenschützer gegen die massive Grundrechtsverletzung protestieren, kann die Regierungspartei AKP die ganze Aufregung nicht verstehen. Wem das nicht passe, der brauche doch einfach nicht zum Telefonhörer zu greifen, meinte der zuständige Minister Binali Yıldırım.

Der Oberste Kassationsgerichtshof in Ankara sieht dies allerdings anders. »Keine Behörde hat das Recht, alle Bürger unter Generalverdacht zu stellen und das gesamte Land zu überwachen«, befanden die Richter Anfang Juni und verfügten bis auf weiteres einen Stopp der Vorratsdatenübermittlung.

(junge Welt, 9.6.08)

## Militärisches Sperrgebiet in Sirnak

Nach Siirt, Hakkari, Van, Mardin, Urfa, Cizre und Kasrik sind auch in der Provinz Sirnak mehrere Regionen vorübergehend zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden. Wie aus einer Meldung auf der Internetseite des türkischen Generalstabs hervorgeht, gilt das Betretungsverbot für die Zeit vom 12. Juni bis zum 12. September 2008. Bei den betroffenen Gebieten handelt es sich überwiegend um Hochalmen, die als Weidegebiete für die Tierhaltung genutzt werden.

(ANF, 10.6.08, ISKU)

## Die transsexuelle Sängerin Bülent Ersoy vor Gericht

Weil sie die Offensive des türkischen Militärs gegen die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) in Irakisch-Kurdistan im Februar 2008 offen kritisiert hat, ist die transsexuelle türkische Schlagersängerin Bülent Ersoy angeklagt worden. Sie soll sich nun wegen "Entfremdung des Volkes von der Armee" und "Anstiftung zur Verweigerung des Militärdienstes" vor Gericht verantworten.

Bülent, eine als Mann geborene transsexuelle Künstlerin, hatte sich in einer Fernsehshow gegen einen Militärschlag in Irakisch-Kurdistan ausgesprochen. Sie hatte erklärt, sie würde einen Sohn nicht für einen Krieg anderer Leute unter die Erde schicken während am grünen Tisch geplant werde. Die Äußerungen hatten in der Türkei heftige Diskussionen ausgelöst. Staatsanwalt Ali Cakir erklärte, die Kritik hätte die Grenzen der Meinungsfreiheit in der Türkei verletzt.

Mit ihrer Kritik setzte sich die Künstlerin, die bislang als unpolitisch galt, deutlich von der übrigen Prominenz des Landes ab, die zu der militärischen Eskalationspolitik entweder schweigt oder Beifall klatscht. Wegen der mutigen Worte drohen Ersoy nun bis zu drei Jahre Haft. Grundlage für den Prozeß, der am 18. Juni 2008 vor dem 12. Strafgericht in Istanbul begonnen hat, bildet der Paragraph 318, mit dem die »Entfremdung des Volkes von der Armee« geahndet wird.

In der Anklageschrift verweist die Staatsanwaltschaft darauf, dass die Verehrung der Armee in der türkischen Bevölkerung tief verankert sei. Unter anderem bezieht sich die Anklagebehörde nach Presseberichten auf das Sprichwort, wonach "jeder Türke als Soldat geboren" wird. Angesichts dieser Bedeutung der Armee für die Türken seien Ersoys Äußerungen nicht mehr von der Meinungsfreiheit gedeckt. Die Anklage hebt auch hervor, dass der PKK-nahe Fernsehsender Roj-TV Ersoys Äußerungen gelobt habe.

»Für die türkische Nation ist die Wichtigkeit, die der Armee eingeräumt wird, gleichrangig mit dem Wert, den der Prophet besitzt«, heißt es in der Anklageschrift. Und weiter: »Das Soldatentum und die Gefallenen sind heilig«. Weil Bülent Ersoy diese »Werte« beleidigt habe, sei sie nun zu verurteilen, verlangt die Staatsanwaltschaft. Verschärfend komme hinzu, daß die Diva ihre Kritik zu einem Zeitpunkt geäußert habe, als die türkischen Truppen »unter schwierigen winterlichen Bedingungen auf ausländischem Boden im Kampf gegen den Terror« standen. Dadurch habe die Sängerin nicht nur versucht, die »Moral der Truppe« zu untergraben, sondern auch »Propaganda für den Feind« betrieben. Zudem wird in der Anklage der Vorwurf erhoben, Ersoy habe sich dafür eingesetzt, »daß die Familien ihre Söhne nicht in die Armee schicken (...), weil die Soldaten in dem Krieg angeblich einen sinnlosen Tod sterben.«

Der Paragraph 318 gehört zu den beliebtesten Mitteln der türkischen Staatsanwaltschaften, um Kritiker am Militär mundtot zu machen. In den vergangenen Jahren sind mehr als 200 Verfahren eingeleitet worden.

Ersoy hatte nach der Show in einer Pressekonferenz ihre Äußerungen verteidigt und gesagt, sie plädiere für eine friedliche Lösung des Kurdenkonfliktes. Wenn das verboten sei, "dann sollen sie mich doch gleich aufhängen". Viele Künstlerkollegen und ein Teil der Medien hatten Ersoy unterstützt.

(Die Presse, 29.5.08; APA/red und mesop, 17.6.08; junge Welt, 19.6.08)

## Selbstanzeigenkampagne für Öcalan

Im Rahmen der Kampagne unter dem Motto "Wenn es eine Straftat darstellt, ‚verehrter Herr Öcalan‘ zu sagen, dann zeige ich mich selbst an, diese Straftat begangen zu haben", zeigen sich seit Ende Mai 2008 Zehntausende KurdInnen sich selbst an. Nach einem Aktionsplan zeigen sich seit 24. Mai 2008 Stadt für Stadt KurdInnen an.

Allein in Amed (Diyarbakir) haben sich etwa 25.000 Personen selbst per Post bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Bei einer Kundgebung am 7. Juli 2008 versammelten sich ca. 2000 Personen, darunter DTP-Abgeordnete und -Bürgermeister sowie Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen, vor dem Hauptpostamt. Als Vorsitzender des „Vereins zur Förderung der Zivilgesellschaft“ (STGD) gab Nadir Yildirim im Namen der Anwesenden eine Erklärung ab, in der er den Hintergrund erläuterte.

Eine Beteiligung an der Kampagne erfolgt auch aus den Gefängnissen und in den Medien. So verbreiteten die PKK-Gefangenen in Adana-Kürkcüler über ihre Angehörigen eine entsprechende Erklärung. Die kurdischsprachige Zeitung Azadiya Welat erschien am 7. Juli mit der Schlagzeile „Auch wir sagen ‚Verehrter Herr Öcalan‘“.

In den vergangenen Monaten und Jahren wurden Hunderte kurdischer Akteure verurteilt worden, weil sie vom Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, „Herrn Öcalan“ gesprochen haben. Mit der Selbstanzeigenkampagne wollen sie dieses Vorgehen der türkischen Staatsmacht lächerlich machen und durchlöchern.

(Yeni Özgür Politika, 10., 13.6. und 8.7.08, ISKU)

## 1400 Dorfschützer für Dersim

Die Bürgermeisterin von Dersim hat auf die Meldung, dass für die Region 1400 Dorfschützer bereitgestellt werden sollen, mit einer scharfen Erklärung reagiert. Gemeinsam mit weiteren Stadtratsmitgliedern und Stadtverwaltungsangestellten sowie Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen gab sie eine Erklärung ab, in der es heißt: "Aus dem Wirtschaftspaket der AKP entfallen auf Dersim keine Fabriken, keine Eisenbahnbindung, kein Flughafen und keine Tourismusprojekte, sondern 1400 Waffen. Für Tunceli wird ein Kader von 1400 Dorfschützern als passend erachtet. Während unsere Jugend - viele von ihnen mit Universitätsabschlüssen - auf Fachleute aus Bildung, Gesundheit und Recht warten, werden Waffen geschickt, mit denen die eigenen Geschwister getötet werden sollen."

Die AKP sei mit dem Versprechen auf eine Demokratisierung an die Macht gekommen, mit ihrem Vorgehen sei sie jedoch eher dazu geeignet, das gesamte Land ins Chaos zu stürzen.

(Yeni Özgür Politika, 13.6.08, ISKU)

## Prozess gegen 16 Öcalan-Anwälte

Gegen 16 Rechtsanwälte des Verteidigerteams Abdullah Öcalans ist ein Prozess wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation"

eingeleitet worden. Von der Staatsanwaltschaft werden zehn Jahre Haftstrafe gefordert. Als Beweismittel werden in der Anklageschrift Mitschriften der Verteidigerkonsultationen aufgeführt.

Betroffen sind 16 Anwältinnen und Anwälte, die in den vergangenen zwei Jahren mit ihrem Mandanten zusammengetroffen sind. Ihnen wird zur Last gelegt, allgemeine Informationen über Militäroperationen sowie Protestkundgebungen an Öcalan weitergeleitet sowie umgekehrt Verlautbarungen Öcalans, die als Werbung für eine terroristische Organisation oder Anweisungen an dieselbige zu werten seien, an die Medien weitergegeben zu haben.

Neben der zehnjährigen Haftstrafe werden eine Mandatsenthebung sowie ein Besuchsverbot bei Öcalan gefordert.

(Yeni Özgür Politika, 20.6.08, ISKU)

## Geheimpläne der Generäle

Das Kopftuchverbot, das Verfahren gegen die Regierungspartei AKP - und nun Geheimpläne der Militärs, wie sie Premier Erdogan stürzen wollen.

Am 21.-22. Juni 2008 kam die liberale türkische Tageszeitung "Taraf" mit einem Knüller auf den Markt. Sie berichtete über eine geheime Propagandastrategie der türkischen Armee. Das Militär, so heißt es in einem Dokument, das der Zeitung zugespielt worden war, solle alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um prominente Juristen, Journalisten, Künstler und Professoren wieder "auf Kurs" zu bringen und das Land vor den "religiös-reaktionären Kräften" der Regierungspartei AKP von Premierminister Recep Tayyip Erdogan zu schützen. Auch von Diffamierungskampagnen gegen die Kurdenpartei DTP und Militäraktionen im Grenzgebiet zu Irakisch-Kurdistan ist die Rede.

Der Bericht kommt in spannungsgeladenen Zeiten: Wenige Wochen, nachdem das Verfassungsgericht die Kopftuchreformen der Erdogan-Regierung annulliert hat, wird in der Türkei allgemein von einem Verbot der AKP ausgegangen. Der Machtkampf zwischen der kemalistischen Staatselite und dem religiös-konservativen Lager spitzt sich damit weiter zu.

Für "Taraf" stehen die politischen Ereignisse der letzten Monate in direktem Zusammenhang mit dem jetzt enthüllten Geheimplan des Militärs. Um jeden Preis wolle das säkulare Establishment Premierminister Erdogan und seine Partei fallen sehen.

Es handelt sich beim letzten Dokument um ein elfseitiges, codiertes Excel-Dokument, das im September 2007 im Büro des Generalstabs verfasst wurde. Alles, was in der Türkei in den letzten neun Monaten passiert ist, in diesem Papier beschrieben. Zum Beispiel die regelmäßigen Kontakte zwischen hohen Funktionären des Militär und der Justiz. Im Wesentlichen geht es darum, wichtige Persönlichkeiten "auf Kurs" zu bringen und negative Kampagnen gegen kritische Schreiber und Schauspieler zu lancieren. Auch die Militäroperationen in kurdischen Gebieten in der Türkei und in Irakisch-Kurdistan sind vorgezeichnet.

„Taraf“ habe nicht zum ersten Mal Informationen zugespielt bekommen, wie Yasemin Congar, die stellvertretende Chefredakteurin von Taraf berichtet. „Unsere Zeitung hat vor kurzem auch über ein Geheimgespräch von Osman Paksüt, dem Vizepräsidenten des Verfassungsgerichtes, und Armeegeneral Ilker Basbug berichtet. Die Informanten kommen aus der mittleren und hohen Offizierebene; Leute, die offenbar unzufrieden sind mit der Linie des Generalstabs. Ich habe neulich eine Kolumne geschrieben und mich auf den Film "Das Leben der Anderen" bezogen: Es gibt auch in der Türkei solche

Menschen, die gegen das autoritäre System aufbegehren. Und wenn aus der Armeespitze nur halbseidene Dementis erfolgen, sehe ich keinen Grund an meinen Quellen zu zweifeln.“

Die Tageszeitung "Taraf" wurde Ende 2007 gegründet.

(Spiegel Online, 23.6.08)

## Deutschland verbietet kurdischen Sender Roj TV

Das Bundesinnenministerium hat am 24. Juni 2008 den kurdischen Satellitensender Roj TV (Der Tag/Die Sonne) verboten. Die TV-Produktionsfirma Viko und das Fernsehstudio in Wuppertal wurden geschlossen und das Eigentum der Firma eingezogen. Verboten sind nun auch die Verwendung der Kennzeichen und Symbole des Senders bzw. der Produktionsfirma mit dem am 19. Juni erlassene Betätigungsverbot.

Bereits am 7. Mai waren die Wuppertaler Studioräume von Roj-TV und VIKO sowie die Privatwohnungen aller Mitarbeiter/innen durchsucht worden. Beschlagnahmt wurden bei dieser Polizeiaktion Computer, sämtliche CDs, eine Hochzeitskassette sowie alle Unterlagen der TV-Produktionsfirma VIKO.

Roj TV ist ein in Dänemark lizenzierter Sender, dessen Nachrichten- und Kultur-Programme, Dokumentationen, Frauen- und Kinderprogramme in Türkisch, Kurdisch, Arabisch, Assyrisch und Englisch täglich von Millionen Menschen im Nahen Osten und Europa mitverfolgt werden. Auch in Deutschland ist Roj TV für viele der rund 1. Mio kurdischstämmige Bürgerinnen und Bürger die einzige Möglichkeit, in ihren Muttersprachen Informationen über die Situation in Kurdistan zu bekommen.

Weil in Roj TV auch kurdische Exilpolitiker und Vertreter der PKK ihre Vorschläge für eine politische Lösung der Kurdenfrage vorstellen können, haben die Türkei und die USA seit langem auf eine Schließung des Senders gedrängt. Diesem Ansinnen ist das Bundesinnenministerium mit seinem Verbot jetzt nachgekommen.

Vor dem Hintergrund des »verschärften Vorgehens des türkischen Staates gegen PKK-Guerillastellungen« – gemeint sind die völkerrechtswidrigen Luftangriffe und Einmarsch der türkischen Truppen in Irakisch-Kurdistan – erforderten »Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland« das Verbot von Roj TV, so das Innenministerium. So soll offenbar verhindert werden, dass in Deutschland lebende Kurdinnen und Kurden von den Massakern der türkischen Armee erfahren und dagegen protestieren können. Damit positioniert sich die Bundesregierung erneut eindeutig an der Seite der Türkei und unterstützt die fortwährende Verleugnungs- und Unterdrückungspolitik Ankaras gegenüber den Kurdinnen und Kurden.

Roj TV wird seit März 2004 von Kopenhagen aus über Satellit ausgestrahlt. Seit dem 21. März 2008, dem Tag des für die Kurden wichtigen Newroz-Festes, beträgt die tägliche Sendezeit Roj TVs 24 Stunden. Bereits seit 2005 versucht die türkische Regierung, Dänemark zur Schließung von Roj TV zu bewegen. Offenbar hatte Ankara bei Schäuble nun mehr Erfolg.

Kurdinnen und Kurden protestieren seit 25. Juni überall in Europa und der Türkei und Kurdistan. Mahnwachen, Protestkundgebungen vor den Innenministerien und Auslandsvertretungen Deutschlands lösen sich ab.

Als vor einem Jahr die venezolanische Regierung die Sendelizenz des Kommerzsenders RCTV nicht verlängerte und

ihn dadurch zwang, sein Programm nur noch über Kabel und Satellit zu verbreiten, zeigte sich die Bundesregierung "besorgt" über die "Verletzung der Meinungsfreiheit". Und nun?

(<http://www.elo-forum.net/politik/politik/-200807011831.html>; PR-Sozial, 1.7.08; redglobe.de, 24.6.08; rf-news.de, ZEIT online und Tagesspiegel, 24.6.08)

## Haftstrafe gegen kurdischen Journalisten im Iran

Der kurdische Journalist Mihemed Sediq Kebudwend ist im Iran wegen der Gründung der Menschenrechtsorganisation Ostkurdistan (RMMK) zu einer Haftstrafe von elf Jahren verurteilt worden. Kebuwend, der bis zum Verbot im Jahr 2004 Herausgeber der Wochenzeitung „Peyame Merdome Kurdistan“ war, ist vor einem Jahr bei einer Razzia in seiner Wohnung in Teheran festgenommen und im Gefängnis Evin inhaftiert worden.

(ANF, 24.6.08, ISKU)

## Auch Kurden spielen Fußball

Erstmals wird eine kurdische Mannschaft bei einer Fußballweltmeisterschaft mitspielen. Die kurdische Regierung im Irak entsendet ein Frauen- und ein Männerteam zur VIVA-Meisterschaft nach Schweden, bei der Mannschaften gegeneinander antreten, die über keinen eigenen Staat verfügen. Organisiert wird das Turnier von der in Schweden ansässigen Volksminderheit der Sami vom 7. bis zum 13. Juli 2008. Der Sieger erhält den Nelson-Mandela-Pokal.

Im Frauenturnier wird das erste Spiel bereits das Finale sein, weil außer der kurdischen Mannschaft lediglich die der Sami antritt.

(ANF, 25.6.08, ISKU)

## Ergenekon: Generäle verhaftet

Die Regierung der Türkei, gereizt von Verbotsverfahren gegen ihre Führer, geht auf Konfrontationskurs mit ihren Widersachern. Mit der Festnahme zweier pensionierter Viersternengeneräle brach sie ein Tabu. Bisher verlief die Untersuchung politischer Skandale immer sehr rasch im Sande, wenn das Militär oder gar die höheren Kommandanten ins Blickfeld gerieten. Nun hat es gleich zwei Exgeneräle im höchsten Dienststrang getroffen.

Den pensionierten Generälen Sener Eruygur und Hursit Tolon wird vorgeworfen, an Umsturzplänen einer schon vor einem Jahr teilweise aufgedeckten Geheimorganisation „Ergenekon“ beteiligt gewesen zu sein.

Ergenekon heißt das Tal in einer alten Legende, in dem sich ein Grüpplein von Urtürken versteckt haben soll. Eine graue Wölfin führte sie schließlich hinaus in die Freiheit und zu neuer Stärke. Das Volk und den Staat retten, das soll auch das Ziel der Verschwörergruppe sein, die sich "Ergenekon" nennt: Nationalisten, die das Recht in die eigene Hand nehmen und die oft im Apparat selbst sitzen, in Justiz oder Militär.

Man hat Ergenekon in Verbindung gebracht mit dem Mord an dem armenischen Journalisten Hrant Dink 2007, angeblich soll es Attentatspläne auf Orhan Pamuk, Ahmet Türk und Leyla Zana geben. Ziel der Ergenekon-Bande soll es sein, Minderheiten und

Liberalen einzuschüchtern, den EU-Prozess zu sabotieren und für ein Klima der Instabilität zu sorgen, in dem letztlich die AKP-Regierung gestürzt werden kann.

Ermittlungen gibt es schon seit einem Jahr, als die Polizei im Istanbuler Vorort Ümranyie ein Waffenlager fand. Aber die Nachrichten von den Festnahmen am 1. Juli 2008 rollten über Istanbul und Ankara hinweg mit der Macht eines "Tsunami" wie die Zeitung Milliyet schrieb.

Noch nie hatte die Polizei gewagt, so weit oben zuzuschlagen, noch nie hatte sie auf dem Territorium der Armee selbst zugegriffen: Ex-General Sener Eruygur (der frühere Chef der paramilitärischen Gendarmerie) hielt sich in einem Hotel der Armee auf, Ex-General Hursit Tolon (ehemaliger Kommandeur der 1. Armee) in seiner Dienstwohnung. Der Zugriff kann nicht ohne vorherige Zustimmung der Armeeführung erfolgt sein.

Der pensionierte Generalmajor Sener Eruygur ist eine Institution in der Türkei. Er ist Vorsitzender der "Vereinigung für das Denken Atatürks". Dieser Verein dient nicht nur der politischen Traditionspflege, sondern ist das entscheidende Netzwerk jener, die darüber wachen, dass in der Türkei möglichst niemand vom Pfad der kemalistischen Tugend abweicht und dies natürlich so, wie die Vereinsprominenz den Gründer der modernen Türkei verstanden wissen will.

Als Vorsitzender dieses Vereins kann der 67-jährige Exgeneral gar nichts anderes sein als ein erbitterter Gegner der gegenwärtigen türkischen Regierung und des Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan. Für Eruygur, der immer wieder die drohende Gefahr beschwor, dass Erdogan und seine AKP die Türkei in eine islamische Theokratie umwandeln wollen, ist der Premier das Hassobjekt schlechthin. Im letzten Jahr war er deshalb maßgeblich an der Organisation der großen Demonstrationen gegen die AKP beteiligt, mit denen verhindert werden sollte, dass Abdullah Gül zum Präsidenten gewählt wird. Wie Generalstaatsanwalt Abdurrahman Yalcinkaya hofft Eruygur inständig, dass das Verfassungsgericht die AKP verbieten wird.

Zwei Tage nach der Verhaftung zweier pensionierter Generäle hat die türkische Presse über Einzelheiten des Staatsstreichs berichtet, den die Gruppe „Ergenekon“ geplant haben soll. Übereinstimmend schreiben die Zeitungen „Sabah“, „Yeni Safak“ und „Radikal“ am 3. Juli 2008, die gut organisierte Gruppe habe geplant, vom 6. Juli an mit mehreren Eskalationsstufen einen Putsch zu beginnen. Die Zeitungen beriefen sich auf Unterlagen, die der Justiz bei den Durchsuchungen am 1. Juli in die Hände gefallen sind.

Am 6. Juli 2008 sollten demnach in vierzig Städten Demonstrationen stattfinden, die durch den Einsatz von Gewalt außer Kontrolle geraten und durch Zusammenstöße mit der Polizei eine Atmosphäre der Konfrontation schaffen sollten. In einer zweiten Stufe seien politische Attentate auf prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens geplant gewesen. Bis zu dreißig Personen hätten getötet werden sollen, heißt es. Ein weiterer Bestandteil sei die Herbeiführung einer wirtschaftlichen Krise, um die Regierungspartei AKP zu diskreditieren und zu schwächen.

Die Reaktionen sind gespalten. "Endlich ein paar große Fische", jubelt die liberale Zeitung Radikal und hofft, dass "die Türkei zum ersten Mal in ihrer Geschichte mit Putschisten abrechnet". Mindestens von General Sener Eruygur ist seit letztem Jahr bekannt, dass er 2004 Putschpläne hegte. Die Pläne scheiterten an dem damaligen Oberbefehlshaber Hilmi Özkök.

(yahoo, 1.7.08; Welt Online, Die Presse, 2.7.08; Der Standard, NZZ Online, FAZ, Die Presse, Tagblatt und SZ, 3.7.08; Handelsblatt, 4.7.08)

## Verfassungsgericht lehnt Schließung der Hak-Par ab

Obgleich die Auffassung vertreten wurde, dass die Satzung der kurdischorientierten Hak Partei gegen Verfassung und Parteiengesetz verstoße erging gegen die Partei mit Verweis auf den Grundsatz, dass eine Schließung nur erfolgt, wenn von der Partei eine konkrete Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung ausgehe, der Schließungsantrag zurückgewiesen. Die Hak Partei hat in ihr Parteiprogramm das Ziel aufgenommen, eine kurdisch-türkische Föderation zu gründen. In einem Kommentar für die Zeitung Milliyet am 2. Juli kommentierte Taha Akyol das Urteil als einen Wendepunkt in der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts zu Parteienschließungen.

(Zaman, 2.7.08;  
<http://www.istanbulpost.net/08/07/01/km1jul.htm#5>)

## AKP weist Islamismusvorwurf zurück

Ein "Zentrum von Aktivitäten gegen den säkularen Staat" sei die türkische Regierungspartei AKP, behauptet der türkische Generalstaatsanwalt Abdurrahman Yalcinkaya und hat deren Verbot gefordert. Die AKP hat sich nun am 3. Juli 2008 inmitten wachsender politischer Spannungen vor dem Verfassungsgericht gegen das drohende Verbot verteidigt.

Die Anklage sei voller Widersprüche und unbelegter Behauptungen, zitierte die Nachrichtenagentur Anadolu den Vizeregierungschef Cemil Cicek, der die mündliche Verteidigung vorgetragen hatte. «Wir haben erklärt, warum die Anklage falsch ist», erklärte der frühere Justizminister. Der Generalstaatsanwalt beschuldigt die AKP, sie betreibe die Einführung eines islamischen Regimes.

Der Generalstaatsanwalt habe seine Klage vor allem auf Medienberichte gestützt, ohne aber Beweise vorzulegen, zitierten türkische Medien aus der Verteidigungsschrift. Die AKP will eine möglichst schnelle Entscheidung. Das Verfahren könne binnen vier oder fünf Wochen abgeschlossen werden, sagte der Vizepräsident des Gerichts, Osman Paksüt. Beobachter gehen davon aus, dass die AKP in den kommenden Wochen verboten wird. Die Folge werden Neuwahlen mit einer unter neuem Namen gegründeten AKP sein, die diese Wahlen dann - nach heutigen Umfragen - auch gewinnen wird.

Der Generalstaatsanwalt will, dass die AKP aufgelöst wird und 71 Vertreter der Partei, darunter Premier Erdogan und Staatspräsident Gül, ein politisches Betätigungsverbot erhalten. Der Chefankläger hatte seinen Mitte März gestellten Antrag damit begründet, dass die AKP ein «Zentrum von Aktivitäten gegen den säkularen Staat» sei. Die Partei von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan arbeite offen und verdeckt daran, das islamische Scharia-Recht einzuführen, hatte er am 1. Juli 2008 vor den Richtern gesagt.

Die AKP hatte bei der Parlamentswahl vor einem Jahr 47 Prozent der Stimmen bekommen. Die EU und Deutschland haben den Verbotsantrag kritisiert. Die AKP ihrerseits kritisiert das Verfahren als politischen Prozess. Die türkische Öffentlichkeit ist gespalten.

(SZ und NZZ Online, 3.7.08; Tagesspiegel und Zeit, 4.7.08)

## Türkei muss die Kurdenfrage mit friedlichen Mitteln lösen

Die friedliche Lösung der Kurdenfrage muss stärker ins Zentrum der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gestellt werden. Das fordert die Linksfraktion in einem Antrag (16/9840). Sie erläutert, Ankara habe es bis heute versäumt, der kurdischen Bevölkerung die ihnen zustehenden politischen, kulturellen und sozialen Rechte im vollem Umfang zu gewähren und entsprechend verfassungsrechtlich zu verankern und umzusetzen. Auch der auf den EU-Beitritt ausgerichtete Reformkurs der Regierungspartei AKP habe nichts Entscheidendes an der Situation der kurdischen Bevölkerung geändert. Die Bundesregierung müsse deshalb stärker darauf hinwirken, dass die EU-Kommission die Kurdenfrage stärker ins Zentrum der EU-Beitrittsverhandlungen stelle. Die Regierung sei aufzufordern, davon abzusehen, die Kurdenfrage mit dem Terrorismusproblem zu identifizieren. Unter der Voraussetzung eines beiderseitigen Waffenstillstandes müsse Ankara vielmehr die Grundlagen für die friedliche Beilegung des Konfliktes schaffen. Die Regierung müsse die Türkei auch auffordern, dass sie die kurdische Sprache und Kultur mit allen notwendigen Folgen für eine gezielte Integrationspolitik gegenüber der kurdischen Bevölkerungsgruppe anerkennt.

(bundestag.de, 4.7.08)

## ai: Todesstrafe und Misshandlungen für Kurden im Iran

Der kurdische Lehrer Farzad Kamangar wurde unter der Anklage mohareb (in Feindschaft zu Gott) zum Tode verurteilt. Diese Anklage wird gegen Personen erhoben, die man beschuldigt, mit Waffengewalt den Staat zu bekämpfen. Ali Heydariyan und Farhad Vakili könnte ebenfalls die Hinrichtung drohen.

Nach einem fehlerhaften Verfahren, bei dem Farzad Kamangar nur eingeschränkten Kontakt zu seinem Anwalt hatte, verhängte die Abteilung 30 des Teheraner Revolutionsgerichts am 25. Februar 2008 die Todesstrafe gegen ihn. Man beschuldigt ihn, Mitglied der bewaffneten Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) zu sein und Sprengstoff zu besitzen. Das Gericht betrachtete diese Beschuldigungen als Umsturzversuch, was nach iranischem Gesetz der "Feindschaft zu Gott" gleichkommt.

Ein Sprecher der iranischen Justiz bestätigte am 27. Mai 2008, daß Farzad Kamangar zum Tode verurteilt wurde. Farzad Kamangar hat vor dem Obersten Gerichtshof Rechtsmittel eingelegt. Wenn das Urteil aufrecht erhalten und von der Obersten Justizautorität bestätigt wird, droht ihm innerhalb der folgenden Wochen die Hinrichtung.

Apelle an: Oberste Justizautorität, Head of the Judiciary, Ayatollah Mahmoud Hashemi Shahroudi, Ministry of Justice - Ministry of Justice Building, Panzdah-Khordad Square, Tehran, IRAN, info@dadgostary-tehran.ir (Betreff: FAO Ayatollah Shahroudi)

Botschaft der Islamischen Republik Iran - S.E. Herrn Mohammad Mehdi Akhondzadeh Basti, iran.botschaft@t-online.de  
(<http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/AlleDok/1E208E4EC0730903C125745D00343196?open>)

## Neuerscheinung

### Wider die Straflosigkeit

### Perspektiven der Menschenrechtsstiftung zu Folter und Misshandlung

Mit relativ großer medialer Aufmerksamkeit wurde Ende April die Veröffentlichung des „Folter-Atlas“ (Iskenca Atlası) durch die Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) vor Ort verfolgt. Das Buch mit dem für deutsche Ohren ungewöhnlichen Titel ist eine Dokumentation physischer Foltermethoden, sowie ihrer Folgen im Lichte medizinischer Begutachtung. Das über mehrere Jahre vorbereitete Werk ist unter Beteiligung der TIHV, der Gesellschaft für Spezialisten der Forensik (ATUD) und des Türkischen Medizinerverbands (TBB) entstanden. Grundlage für die Darstellung ist überwiegend die Auswertung von Fällen, deren Opfer bei der Menschenrechtsstiftung Hilfe gesucht haben. Die Kombination von skizzenhafter Darstellung der Foltermethoden, Farbfotografien und detaillierter medizinischer Auswertung mit verschiedensten Verfahren, scheint weltweit einmalig. Neben der Zielgruppe von Forensikern und Juristen, sowie Menschenrechtsaktivisten, kann man in dem Buch ebenso ein historisches Dokument über diese traurige Geschichte in der Türkei sehen. Aus Sicht der Stiftung ist die alleinige Historisierung der Befunde im Hinblick auf die Türkei allerdings mehr als zweifelhaft.

Zum einen liegt dies an den langwierigen Folgen und der psychischen Latenz, die traumatisierende Foltererfahrungen bedingen können. Zum anderen ist aus Sicht der Stiftung eine Zunahme von Misshandlung und Folter zu verzeichnen – der gegenwärtig regierungsoffiziellen Null-Toleranz-für-Folter-Politik zum Trotz. Die mit der EU-Perpektive vorangetriebene Reformpolitik werde dabei konterkariert durch Verschärfungen im „Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus (Gesetz Nr. 5681)“ und im „Gesetz zu Rechten und Pflichten der Polizei (Gesetz Nr. 2559)“. Diese begünstigen aus der Perspektive der Stiftung Misshandlung und Folter. Nebenbei bemerkt, freie Meinungsäußerung einschränkende Rechtsnormen finden sich jenseits des vieldiskutierten Paragraphen 301 zuhauf.

Vergleicht man die statistischen Daten der Stiftung von 2005 und dem Folgejahr, wird zwar deutlich, dass die absolute Zahl der Hilfesuchenden (vorübergehend) zurückgegangen ist – allerdings ist seit 2005 ein kontinuierlich höheres Aufkommen von Personen zu verzeichnen, die angeben im gleichen Jahr gefoltert oder misshandelt worden zu sein (2005: 193 Personen/ 2006: 222/ 2007/ 274).

Die jüngste Veröffentlichung ist dabei im Kontext der Straflosigkeit zu sehen, auf die Täter heute immer noch hoffen können. Äußerst selten kommt es zu Verurteilungen nach entsprechenden Ermittlungsverfahren. Um tatsächlich Verurteilungen von Tätern zu bewirken, sofern diese überhaupt identifiziert werden konnten, sind valide medizinische Gutachten unabdingbar. Betrachtet man die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) in den letzten Jahren, fällt auf, dass diese Gutachten häufig defizitär sind.

Die jüngste Veröffentlichung der TIHV ist neben dem Istanbul-Protokoll Grundlage für Schulungen von Medizinern und Juristen, die in der Türkei durchgeführt werden. Das Istanbul-Protokoll ist seit 1999 ein offizielles Dokument der Vereinten Nationen. Es wurde als Richtlinie für die Dokumentation von Folter maßgeblich von den Autoren des Folter-Atlas entwickelt. Ziel bleiben die Implementierung von und breite Zugangsmöglichkeiten zu alternativen und unabhängigen medizinischen Gutachten.

Darüber hinaus hat das so genannte Optionale Protokoll (OPCAT) eine entscheidende Bedeutung für den Kampf gegen Folter und Misshandlung. Mit ihm verbinden sich weit reichende Befugnisse zur unabhängigen Inspektion von Gefängnissen und sonstigem Gewahrsam. Deutschland und die Türkei haben dieses Protokoll zwar unterzeichnet, die Ratifikation steht allerdings in beiden Ländern noch aus.

Die Menschenrechtsstiftung der Türkei besteht seit 1990 und bis zum Jahresende 2007 haben 11238 Personen sich aufgrund von Folter und Misshandlung an die Stiftung gewandt.

(Marko Tapio Perels in  
<http://www.istanbulpost.net/08/05/05/perels.htm>)

## **Kurdistan: In the Shadow of History**

von Susan Meiselas

Der seit langer Zeit vergriffene Bildband "Kurdistan: In the Shadow of History" von Susan Meiselas ist in zweiter Auflage erschienen - mit einem aktuellen Vorwort von Martin van Bruinessen in englischer, türkischer und kurdischer (Sorani) Sprache. Der Bildband ist, zum einmaligen Sonderpreis von 25,- Euro (plus 6,- Euro Porto) zu bestellen.

Berliner Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie e. V. (BGFK),  
mail@kurdologie.de, www.kurdologie.de

## **Hinweis auf sonstige Infostellen**

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/  
Demokratisches Türkeiforum, info@tuerkeiforum.net,  
www.tuerkeiforum.net  
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org;  
www.nadir.org/isku/  
Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net  
Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net  
Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org,  
www.pen-kurd.org/  
Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de  
Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de,  
www.mesop.de  
NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de,  
http://www.navend.de/  
Österreichisch-Kurdische Ges. für Wissenschafts- u. Kultur-  
austausch, office@ok-gesellschaft.at, w.w.w.ok-gesellschaft.at/  
The Turkish Economic and Social Studies Foundation (TESEV),  
www.tesev.org.tr/eng/  
Zentrum für Türkeistudien, www.zft-online.de